



Prof. Dr. sc. agr. Alfons Balmann

Diplom-Agrarwissenschaftler, Institutsdirektor und Leiter der Abteilung Betriebs- und Strukturentwicklung im ländlichen Raum am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Professor für Betriebs- und Strukturentwicklung im ländlichen Raum, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Das Land der Anderen

FoRep: Der Begriff „Land Grabbing“ umreißt eine Debatte um Landankäufe und Landnutzungskonflikte. Was genau bedeutet der Begriff?

Prof. Alfons Balmann: Die Diskussion um den Begriff „Land Grabbing“ beinhaltet ein komplexes Themenfeld aus Konflikten um Land und insbesondere auch ausländische Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Diese „Landnahme“ durch ausländische Investoren kam vor allem ab Mitte des letzten Jahrzehnts auf: Die Agrarpreise zeigten einen deutlich steigenden Trend, die internationalen Getreidelager leerten sich und die Energiepreise stiegen. Länder wie zum Beispiel China suchten Perspektiven, um den steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln, Energie und Rohstoffen zu sichern. Agrarflächen in Entwicklungsländern zu kaufen oder langfristig zu pachten, eröffnete eine Lösung dieser Probleme. Begünstigt wurde diese Entwicklung einerseits durch fehlende Steuerungs- und Kontrollmechanismen, Korruption in den Zielländern sowie durch weltweit niedrige Zinssätze. Geld zum Landkauf und für Agrarinvestitionen war günstig verfügbar.

FoRep: Welche Auswirkungen hat Landkauf durch Großinvestoren in anderen Ländern?

Prof. Alfons Balmann: Internationale Investoren haben in der Regel andere Interessen als die ländliche Bevölkerung der Länder, in die investiert wird. Zugleich sind viele dieser Zielländer durch eine schlechte Regierungsführung gekennzeichnet: Es mangelt an Demokratie, es fehlt an Partizipation. Stattdessen herrscht vielfach Korruption in Politik und Administration. Traditionelle Besitzverhältnisse, geschlechterspezifische oder Umweltaspekte werden ignoriert. Allerdings ging und geht auch für viele Investoren die Rechnung nicht so auf, wie vielleicht geplant: Unter den Investoren gibt es sicherlich eine große Anzahl von „Glücksrittern“, die die Gegebenheiten und die Produktionsmöglichkeiten in den jeweiligen Regionen falsch einschätzen. Allein die Größe einer Agrarfläche und international hohe Agrarpreise sind keine Garantie für hohe Gewinne. Erfolgreich Landwirtschaft zu betreiben, ist überall eine Herausforderung. Zudem spielen vor Ort die natürlichen Gegebenheiten, die Infrastruktur und nicht zuletzt auch die Korruption eine große Rolle. Letztere schadet auch den Investoren. Auch der Transfer von Know-how muss organisiert werden. Angesichts der technisierten Landwirtschaft müssen teilweise sogar eigene Arbeitskräfte zu den Flächen mitgebracht werden. In der Summe gibt es ein komplexes Feld von Problemen und Risiken.



FoRep: Welche Risiken und Probleme sind das konkret?

Prof. Alfons Balmann: Problematisch sind ausländische Direktinvestitionen im Land vor allem dann, wenn lokalen Bevölkerungsgruppen Land entzogen wird und für sie keine neuen, zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden. Große Investitionen können die bestehende kleinbäuerliche Landwirtschaft massiv verändern bzw. bedrohen. Vor allem wenn lokale Regierungen und Administration nicht im Interesse der Betroffenen handeln, drohen der Verlust von Landrechten, traditionellen Weiderechten, Wassernutzungsrechten oder auch das Nutzungsrecht für Sammelprodukte wie Feuerholz oder Medizinpflanzen. Daraus können verteilungs- und geschlechterspezifische Probleme entstehen. Das gilt umso mehr, weil Investoren zumeist mit hohem Technologieeinsatz wirtschaften. Aber selbst wenn die Interessen der lokalen Bevölkerung berücksichtigt werden, entsteht eine Abhängigkeit dahingehend, dass die Investoren wirtschaftlich scheitern oder ihre Pläne ändern.

Werden auf den verkauften oder verpachteten Flächen keine Nahrungsmittel für die lokale Bevölkerung angebaut, kann dies zu einer weiteren Verarmung beitragen und sogar zu lokaler Nahrungsmittelknappheit führen. Landflucht, Umsiedlung oder Vertreibung der lokalen Bevölkerung sind weitere Risiken.

FoRep: Gibt es auch Chancen? Welche Verantwortung sollte der Investor übernehmen?

Prof. Alfons Balmann: Ja. Zum einen fließen Kapital und Know-How in die lokale Landwirtschaft. Auch haben Investoren erhebliches Interesse an einem Ausbau der Infrastruktur sowie teilweise auch an einer lokalen

Verarbeitung. So können durch Direktinvestitionen neue Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung entstehen.

Seit 2010 wurden von internationalen Organisationen in Zusammenarbeit mit vielen Regierungen freiwillige Leitlinien zu verantwortungsvollen Agrarinvestitionen erarbeitet. Diese fordern die Einhaltung von sechs Grundprinzipien:

1. Partizipation und Transparenz der Verhandlungen
2. Anerkennung bestehender Rechte – auch nonformale und traditionelle Land- und Wassernutzungsrechte
3. Kompensation: Wer Land verliert, sollte auf der Basis einer gleichwertigen Lebensgrundlage entschädigt werden
4. Gerechte Teilhabe am Nutzen von Investitionen
5. Ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit
6. Menschenrecht auf Nahrung – die Ernährungssicherheit der betroffenen Bevölkerung in den Zielländern steht vor dem Anbau von Energiepflanzen

Der konkrete Erfolg in der Praxis ist momentan noch nicht beurteilbar.

„Große Investitionen können die bestehende kleinbäuerliche Landwirtschaft massiv verändern bzw. bedrohen.“

FoRep: Wie sieht es in Europa aus? Ist „Land Grabbing“ hier ebenfalls ein Thema?

Prof. Alfons Balmann: Wir müssen in Europa unterscheiden zwischen den Strukturen in West- und Mitteleuropa und den Transformationsländern, also den Ländern, die einen Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft zu bewältigen hatten. In Ländern wie Russland, der Ukraine aber auch Bulgarien und Rumänien wird die Landwirtschaft heute einerseits von Nachfolgeunternehmen sozialistischer Kollektiv- und Staatsbetriebe und andererseits Hauswirtschaften und Kleinstbetrieben dominiert. Beide Extreme haben mit vielen spezifischen Problemen zu kämpfen. Die kleinbäuerlichen Betriebe dienen eher der Selbstversorgung und Sicherung eines Mindesteinkommens in ländlichen Regionen mit geringem



„Die Politik ist jedoch gefordert, stärker als bisher in Maßnahmen zu investieren, die Wissen und Fähigkeiten im Agrarbereich stärken.“

Angebot an Arbeitsplätzen und sozialer Sicherung. Teilweise befinden sie sich sogar in einer Art Symbiose mit den Großbetrieben, auf denen vielfach Angehörige arbeiten und die ihnen Zugang zu Produktionsmitteln wie z. B. Dünger ermöglichen. Beide Betriebsformen leiden unter infrastrukturellen, institutionellen und politischen Defiziten

FoRep: Allerdings gibt es in Osteuropa eine Vielzahl ungenutzter Agrarflächen.

Prof. Alfons Balmann: Analysen am IAMO zeigen, dass nach 1990 allein im europäischen Teil Russlands annähernd 30 Millionen Hektar brachgefallen sind. Manche Standorte waren nicht ideal für die Nutzung, den Nachfolgebetrieben fehlten Finanzmittel, oft waren diese wenig produktiv und es mangelte an Infrastruktur. Es entsteht ein Teufelskreis, wie ein Beispiel aus der Ukraine zeigt. Dort liefern Kleinstbetriebe den Großteil der Milch für Molkereien. Diese Kleinstbetriebe mit meist nur einer Kuh haben kaum eine geeignete Kühltechnik. Die Folge sind geringe Milchqualitäten und keine hochwertigen Verarbeitungsprodukte. Für die Molkereien lohnt es nicht, in hochwertige Technik und Verfahren zu investieren. Also sind die Milchpreise relativ niedrig und lassen keine Investitionen zu.

Heutige Landwirtschaft ist letztlich kapital- und Know-how-intensiv. Wenn eins von beidem fehlt, wird es schwierig. Auch größere Betriebe in chronischer Geldnot oder Missmanagement haben kaum Perspektiven, sich aus eigener Kraft zu entwickeln. Damit sind sie bestenfalls Übernahmekandidaten für externe Investoren. Vor diesem Hintergrund haben sich vor allem in Russland und der Ukraine seit etwa dem Jahr 2000 enorm große Agrarkonzerne, sogenannte Agrohholdings entwickelt. Von denen bewirtschaften einige bereits mehrere 100.000 Hektar. Sie haben einen leichteren Zugang zu Kapital und nutzen die Flächen gezielt, um eigene Verarbeitungswerke, wie Zuckerfabriken, Ölmühlen oder Schlachthäuser zu beliefern.

FoRep: Treten denn die klassischen „Land Grabbing“-Probleme in Zusammenhang mit Agrohholdings auf?

Prof. Alfons Balmann: Weniger gravierend. In Russland und in der Ukraine sowie auch Kasachstan sind Ende der neunziger Jahre die ersten Agrohholdings entstanden. Zunächst durch Investitionen von Industrie- und Energiekonzernen, aber auch landwirtschaftlichen Verarbeitungskonzernen, die ihre Rohstoffbasis verbessern woll-

ten. Später haben auch andere Investoren die Chance gesehen, mit großen Investitionen in der Landwirtschaft Geld zu verdienen. Verstärkt wurden diese Prozesse durch die niedrigen Zinsen und die hohe Liquidität auf den internationalen Finanzmärkten. So entstanden landwirtschaftliche Megabetriebe, deren Größe ihnen ein eigenständiges Agieren an internationalen Märkten bzw. Börsen ermöglicht.

FoRep: Können Sie Handlungsempfehlungen aussprechen und Empfehlungen für politische Entscheidungsprozesse abgeben?

Prof. Alfons Balmann: Agrohholdings gibt es, weil es große politische, institutionelle und wirtschaftliche Defizite in den betroffenen Ländern gibt. Ihre Gründung ist eine Reaktion von Unternehmen bzw. Unternehmern zur Ausschöpfung der ungenutzten Potenziale. Generell gilt: Nur wenn Wege gefunden werden, diese grundsätzlichen Defizite zu beheben, kann sinnvoll der Entstehung industrieller Agrarproduktionsstrukturen entgegengewirkt werden. Zudem agieren viele Agrohholdings oft besser als ihr Ruf: Durch ihre Präsenz auf internationalen Finanzmärkten müssen sie gegenüber den Geldgebern Transparenz

gewährleisten. Sie stehen im Blickfeld der Öffentlichkeit. Beides ist ihnen bewusst und zwingt sie nicht nur zu Transparenz, sondern auch zu wirtschaftlichem Handeln. Zudem befinden sie sich ebenso wie andere Großbetriebe eher in einer Symbiose mit kleinbäuerlichen Betrieben, als in Konkurrenz. Die Politik ist jedoch gefordert, stärker als bisher in Maßnahmen zu investieren, die Wissen und Fähigkeiten im Agrarbereich stärken. Die Attraktivität ländlicher Räume sowohl für Agrarunternehmen als auch für die Bevölkerung hängt ebenfalls stark von den vorhandenen Infrastrukturen ab. Investitionen in Wissen und Infrastruktur sind besser angelegt als die Subventionierung von Betrieben und der Produktion.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview für den ForschungsReport führte Monique Luckas.